

Endlich mehr Planungssicherheit für Altenpflegeschulen

DBfK fordert gesetzliche Grundlage zur Finanzierung aus öffentlichen Mitteln

München, 15. Juli 2011 – Die künftige Finanzierung der Altenpflegeschulen scheint zumindest vorerst in trockenen Tüchern: Auf ein Mischmodell haben sich Vertreter von Schulen und Ministerien bei einem Arbeitstreffen in dieser Woche geeinigt. Noch ist es nicht beschlossene Sache, aber es ist davon auszugehen, dass ab dem 1. Januar 2012 der Betriebskostenzuschuss von jetzt 79 Prozent auf 100 Prozent erhöht wird. Zudem gibt es pro Klasse und Schuljahr 19 000 Euro. Bis dahin wird der Schulgeldausgleich in Höhe von 150 Euro pro Schüler/in gezahlt. „Wir freuen uns, dass damit für die Schulen eine gute Kalkulationsgrundlage geschaffen wurde“, sagt DBfK-Geschäftsführerin Dr. Marliese Biederbeck. Als positiv wertet der DBfK, dass mit der klassenbezogenen Förderung auch kleinere Schulen mit wenig Schüler/innen eine Chance bekommen. „Es ist dennoch ein Skandal, dass die Schulen weiterhin Schulgeld erheben müssen, um sich zu finanzieren, gerade in einer Zeit in der händeringend nach Nachwuchskräften gesucht wird“, so Biederbeck weiter. Da der im vergangenen Jahr gekürzte Haushalt sich nicht erhöht habe und damit auch nicht mehr Geld zur Verfügung stehe, sei damit zu rechnen, dass viele Einrichtungen Schulgeld erheben müssen, um alle Kosten zu decken. „Wir fordern, dass die Schulfinanzierung klar geregelt wird“, sagt Dr. Marliese Biederbeck. Und weiter: „Es fehlt nach wie vor eine gesetzliche Grundlage, die die gesamte Finanzierung aus öffentlichen Mitteln sicherstellt.“

Auch wenn der DBfK eine gesetzliche Regelung der Schulfinanzierung empfiehlt, haben die Schulen nun zumindest eine Planungssicherheit. Zur Erinnerung: Im vergangenen Jahr wollte das Kultusministerium den Schulgeldausgleich völlig überraschend um 50 Prozent kürzen. Erklärung war die im vergangenen Jahr gestiegene Schülerzahl und die Haushaltskürzungen 2010. Paradoxerweise initiierte gleichzeitig die Bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer die Imagekampagne „Herzwerker“, mit der junge Menschen für den Altenpflegeberuf gewonnen werden sollen. Die Schulen der Altenpflege melden nun in diesem Jahr leider wieder rückläufige Bewerberzahlen. Traurige Nachricht: Es gibt genügend Ausbildungsplätze in den Einrichtungen aber nicht genug geeignete Kandidaten.

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die Interessenvertretung der beruflichen Pflege in Deutschland. Er vertritt mit über 1,2 Millionen Alten-, Gesundheits- und Kinder-/ Krankenpfleger/-innen die mit Abstand größte Gruppe im deutschen Gesundheitswesen.